

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

114 (18.5.1925)



# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Mußestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.- M. mit 90 S. ohne Zustellung. Einzel-  
preis 10 S., Samstags 15 S. — Anzeigen: die einpaltige Zeile 20 S.,  
zwei- und dreipaltige 30 S., vierpaltige 40 S., fünfpaltige 50 S.,  
sechspaltige 60 S., achtspaltige 80 S., Annoncen 100 S. —  
Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle  
u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher:  
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.  
Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich:  
Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.  
Druck und Verlag von G. C. & C. E. Kämliche in Karlsruhe.

## Neue Pläne der Volksausplünderung

Getreidezölle schon zur nächsten Ernte — Die Lohnsteuer und Umsatzsteuer bleibt — Der Volks-  
betrug des schwarz-weiß-roten Reichsblochs macht sich bemerkbar

Berlin, 18. Mai. Wie mitgeteilt wird, wird die neue  
Hollvorlage am Dienstag dem Reichsrat zugehen und gleichzeit-  
ig in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Diefelbe un-  
terscheidet sich wesentlich von der Vorlage, die dem Reichswirt-  
schaftsrat vorgelegt hat. Die Veränderung beruht darin, daß  
das zwischen der Schwerindustrie und der Landwirtschaft verein-  
barte Kompromiß in die Hollvorlage hineingearbeitet wor-  
den ist.  
Das Kompromiß zwischen Landwirtschaft und Industrie selbst  
ist auf der Grundlage von gegenseitigen Konzessionen  
abgeschlossen worden. Die Landwirtschaft hat der  
Schwerindustrie, in einzelnen Positionen, eine 50prozentige Er-  
höhung des Zollsatzes, um den in den letzten Tagen heftige De-  
batten geführt wurden, zugestanden. Der Fertigungsfabrikation  
ist man durch Beibehaltung der außerordentlich hohen Zollsätze,  
wie ihn schon die Vorlage im Reichswirtschaftsrat vorschlug, ent-  
gegengekommen. Neben den Zollsätzen, die ja im gro-  
ßen und ganzen bereits bekannt sind, erscheinen u. a. auch Zölle  
auf die Autoeinfuhr. Dafür werden der Landwirtschaft die  
alten Zollsätze (5 M. für Roggen und 5,50 M. für Weizen)  
eingespart. Die Zölle sollten am 1. August 1926 in  
Kraft treten. Die Landwirtschaft hat jedoch durchsetzen ver-  
mocht, daß bereits Zölle in halber Höhe für die neue Ernte gel-  
ten, und zwar ist als Termin der 1. August 1925 vorsehen.

Lohn- und Preisniveaus die wesentlichen Kriegen-  
unruhen fieden. Wenn man nun durch die Getreide-  
zölle die Lebenshaltung ganz bedeutend verteuert, ist das  
von vornherein eine Beschränkung des Warenabflusses über-  
haupt. Damit ist eine weitere Verschärfung der  
Krise gegeben. Im übrigen entpricht die überstürzt  
schnelle Einführung der Getreidezölle sehr wenig der  
Getreidepreisbildung. Vor dem Kriege war es so, daß das  
Auslandsgetreide durchweg billiger war als das deutsche  
Getreide. Es war von Natur aus in den verschiedenen  
Preisen ein Spielraum vorhanden, der zum Teil von den  
Getreidezöllen ausgefüllt wurde. Seit Mitte vorigen Jah-  
res ist aber festzustellen, daß die deutschen und aus-  
ländischen Preise ungefähr pariteteen. Das bedeu-  
tet, daß Zölle in Form von Finanzzöllen unanbracht sind,  
daß kein Raum für sie vorhanden ist, da das Auslandsget-  
reide zum mindesten mit gleichem Preis wie das deutsche  
Getreide zu bezahlen ist, gar keinen Schank für die  
Landwirtschaft, von dem einmal soviel geredet  
wurde, darstellt. Außerdem soll die kleine Hollvorlage  
die ungeheure Bestimmung enthalten, daß die Getreidezölle  
Minimalzölle sind, d. h. sie stehen ein für allemal  
fest und können nicht ermäßigt werden. Damit ver-  
lieren sie den äußerst wichtigen Charakter von Kompen-  
sationszöllen. Diese Tatsache muß die handelspolitischen  
Verhandlungen Deutschlands durchweg-übel beeinflussen  
und wird den Export von deutschen Industriewaren nach  
Agrarstaaten, die als Getreideimporteur nach Deutschland  
in Frage kommen, ganz entschieden schaden.  
Wenn sich die deutsche Reichsregierung über alle diese  
Bedenken hinwegsetzt, so kann man nur eine Erklärung da-  
für in der handelspolitischen Auffassung des Reichsland-  
bundes finden, die sich die Reichsregierung völlig zu eigen  
gemacht zu haben scheint. Der Reichslandbund ver-  
tritt seit Jahr und Tag die Idee einer sogenannten  
„inneren Bilanz“, den Plan einer Stärkung  
des inneren Marktes. Er geht dabei von der fal-  
schen Vorstellung aus, daß infolge der einseitigen Nach-  
kriegsverhandlungen eine Markterweiterung der deutschen  
Industrie im Auslande nicht möglich ist. Der Landbund  
hat diese Auffassung vor einigen Tagen in seinen Mitteilun-  
gen an die Presse richtig gekennzeichnet, indem er aus-  
führte, daß der Reichslandbund sich vollständig auf eine  
Handelspolitik der Autarkie, der Beschränkung auf den  
inneren Markt, eingestellt hat. Er lehnt es ab, aus der  
Reparationspolitik, zu der sich Deutschland im vorigen  
Jahre bekannt hat und die er (der Reichslandbund) von  
Anfang an ablehnte, die Notwendigkeit heranzuleiten, alle  
deutsche Kraft auf die Steigerung unserer  
Ausfuhrkonzentrieren. Er geht an den Ver-  
pflichtungen der Dawes-Gesetze vorbei und will  
Deutschland, das nach Verlust seiner wesentlichen landwirt-  
schaftlichen Uebersehungsgebiete noch mehr als früher auf In-  
dustriewirtschaft eingestellt ist, zum Agrarstaat zurückbilden.“  
Die von der Reichsregierung vorgezeichneten Getreide-  
zölle bedeuten nicht nur eine völlig unannehmbare Ueber-  
spannung des Zollsystems, sondern in der Tat  
vor allen Dingen eine Rückbildung des deutschen  
Industrieaates zum Agrarstaat. Dabei hat  
Deutschland über 20 bis 25 Millionen Menschen, die der  
deutsche Boden nicht ernähren kann und die durch In-  
dustriewarenexport ernährt werden müssen. Der einzige  
Grund, den der Reichslandbund für seine Idee einer han-  
delspolitischen Autarkie anführen kann, ist das oft gemachte  
Versprechen, die Leistungsfähigkeit der Land-  
wirtschaft so weit zu steigern, daß der deutsche Bo-  
den das ganze deutsche Volk ernährt. Wir haben  
in der Wirtschaftsgeschichte allerdings mehrfach erlebt, daß  
durch Vervollkommnung der Produktionsmethoden die Er-  
zeugung ganz enorm gesteigert werden konnte. In der  
Landwirtschaft aber, die in Deutschland in einem Jahre nur  
einmal erntet, gebrauchen jedoch technische Verbesserungen  
der landwirtschaftlichen Produktionsmethode überaus lange  
Zeit, um sich auszuwirken. Das Versprechen des Reichs-  
landbundes stellt sich so als nicht ernst heraus, und die  
Durchführung der Pläne des Reichslandbundes muß un-  
bedingt zu ungeheuerlichen wirtschaftlichen und  
politischen Krisen führen.  
Wenn die Reichsregierung mit der kleinen Hollvorlage  
nun die Getreidezölle einführen will, tut sie damit den  
ersten Schritt zur Verwirklichung der Pläne des  
Reichslandbundes. Sie muß wissen, daß sie auf  
den härtesten Widerstand der Massen stoßen  
wird, die Arbeit und Brot sowie eine Wirtschaftspolitik ver-  
langen, die den Interessen der Wirtschaft und nicht den  
Selbsteitel-Interessen des Besitzes und der  
Großlandwirtschaft Rechnung trägt.

## Erhöhung der Bezüge für den Reichspräsidenten

Berlin, 16. Mai. Im Haushaltsausschuß des Reichs-  
tages wurde der Etat des Reichspräsidenten beraten. Als Re-  
ferent berichtete der Abg. Kildner (Str.) über den Haushalts-  
plan. Er hielt die dem Reichspräsidenten gewährten Aufwand-  
gelder von 54 000 M. pro Jahr mit Rücksicht auf die sehr beträch-  
tlichen Repräsentationsverpflichtungen für zu niedrig bemessen  
und beantragte für den Reichspräsidenten ein Jahresgehalt von  
60 000 M. und jährliche Aufwandsgelder von 120 000  
M., außerdem Anspruch auf freie Dienstwohnung. — Abg.  
Müller-Frank (Sos.) erklärte, daß seine Fraktion sich mit  
dem Antrag nicht einverstanden erklären könne. Abg. Eich-  
horn (Komm.) gab die Erklärung ab, daß seine Partei gegen  
Gehalt und Aufwandsgelder stimmen werde. — In der Abstimmung  
wurde der Antrag des Referenten bei Stimmenthaltung  
der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten angenommen.

Den Reichstern ist also nichts zu viel, wenn es sich um  
ihren Hindenburg dreht. Da darf die Repräsentation  
schon etwas kosten. Welches Geschick hätten sie aber er-  
hoben, wenn beispielsweise eine Linksmehrheit für den  
Sozialdemokraten Ebert solche Zusagen durchgedrückt  
hätte und welche Ueberschriften hätte in diesem Falle die  
Rechtspresse gemacht und welche Kommentare hätte sie  
angefügt. So aber ist alles. Das „Karlsruh. Tagblatt“  
wird sich in diesem Falle nicht in Unkosten stürzen.

## Wieder ein schweres Grubenunglück Bis jetzt 41 Todesopfer

Wiederum bringt der Draht Kunde von einem schwe-  
ren Grubenunglück, dem nach den letzten Meldungen bis  
jetzt 41 brave Bergleute zum Opfer gefallen sind. Das  
Unglück ereignete sich am Samstag auf Zeche Dorst-  
feld bei Dortmund. Es liegen darüber folgende Nach-  
richten vor:

Dortmund, 16. Mai. (Amtlicher Bericht.) Das Preu-  
sische Oberbergamt teilt mit: Am 16. Mai, nachmittags 4 1/2  
Uhr, ist auf der Zeche Dorstfeld auf Schacht V das Spreng-  
stoffmagazin auf der Wettersohle explodiert. Die Explosionsgase  
sind zum Teil in belebte Räume eingedrungen und haben dort  
Opfer gefordert. Bisher sind 1 Toter und 25 Verletzte geborgen  
worden. Ein 30 Mann aus der gefährdeten Abteilung werden  
noch vermisst. Die Ursache der Explosion und ihre ganze Aus-  
dehnung ist noch nicht festzustellen. Die Zeche Dorstfeld hat das  
Bestehen des hiesigen Meiners durchgeführt. Die Belegschaft ist  
mit elektrischen Lampen ausgerüstet.

Dortmund, 17. Mai. Nach den letzten Feststellungen  
griff die Explosion des Sprengstoffmagazins auf ein etwa 1000  
Meter entfernt liegendes Revier über, in dem Festkohlenschiefer  
abgebaut werden. Hier ist die Explosion anscheinend in dem  
Kohlenstaub eines Abzuges nochmals aufgeflammt. — Dies for-  
derte die meisten Opfer. Die ganze Grube war, wie mehrfach  
durch Befahrungen festgestellt wurde, durch Gesteinsstaubver-  
ren gesichert.

Dortmund, 18. Mai. (Eigener Fundienst.) Die Zahl der  
Toten auf Zeche Dorstfeld hat sich nach Mitteilungen der Gruben-  
verwaltung im Laufe des Sonntag nachmittags auf 41 erhöht.  
Von den Schwerverletzten sind gegen Sonntag abend bereits 4  
gestorben. Mehrere andere Schwerverletzte sind in Lebensgefahr. Die  
Leichen sind reitlos geborgen. Die Leiche des Revierleiters  
konnte am Sonntag abend gegen 8 Uhr gefunden werden. Bei der  
Rehrgang der Toten scheint der Tod durch Ersticken eingetreten  
zu sein. Einige Leichen zeigen schwere Schädelverletzungen.

## Die Abrüstungsnote

London, 18. Mai. (Eigener Fundienst.) Der diplomatische  
Berichterstatter des „Sunday Times“ befaßt sich in der letzten  
Ausgabe seines Blattes mit der alliierten Abrüstungsnote, die  
im Laufe dieser Woche an Deutschland abgehen wird. Er glaubt,  
daß sie eine beträchtliche Ueberschätzung für Deutschland bedeuten  
wird und zwar vor allem, weil die Alliierten geschlossen auf die  
Erfüllung der Deutschland aufzuerlegenden Bedingungen be-  
stehen würden. Der Inhalt der Note sei bereits in Gemeinschaft  
zwischen Frankreich und England fertiggestellt. Erst müßten  
die Forderungen erfüllt und dann erst könne Wien geräumt wer-  
den. — Der diplomatische Korrespondent des „Observer“  
äußert sich in ähnlichem Sinne und glaubt die deutsche öffent-  
liche Meinung werde einen Schreck erhalten, wenn die Ab-  
rüstungsnote veröffentlicht wird. Die Note soll ein neues Do-  
kument darstellen, das begleitet ist von einer Liste mit Forderun-  
gen, denen genügt werden soll, bevor Wien geräumt wird.

## Wahlen zur Landesvertretung

Karlsruhe, 17. Mai. Bei sehr geringer Wahlbeteiligung fan-  
den in Waldeck die Wahlen zur Landesvertretung statt. Von den  
abgegebenen Stimmen entfielen 2826 auf die Sozialdemokraten,  
1028 auf die Demokraten, 6155 Landbund, 1860 Handwerkerbund,  
530 Wirtschaftsbund, 2 488 Deutschnationale, 1478 Mittelstand-  
bund. Demnach entfielen auf den Landbund 6 Sitze, Deutschnationale  
3, Sozialdemokraten 3, Handwerkerbund 2, Mittel-  
standsbund 1, Demokraten 1 Sitz. Ob der 17. Sitz dem Land-  
bund oder dem Mittelstandsbund zufällt, ist noch unentschieden.  
Da der Landbund auf deutschnationalem Boden steht, besteht  
eine deutschnationale Mehrheit.

Die Reichsregierung hat dem deutschen Volke zwei nette  
Geschenke auf einmal auf den Tisch gelegt: Am Steuerans-  
chuß hatte man auf das Bestimmteste erwidert, daß die  
Regierung den Forderungen nach Ermäßigung der  
Lohnabzugssteuer entsprechen würde. Das ist nicht  
gesehen. Dagegen plant sie, im Rahmen der sogenannten  
„kleinen Hollvorlage“ Getreidezölle in Vorkriegeshöhe er-  
höhen, die bereits für die neue Ernte Gültigkeit haben  
sollen. Selbstverständlich wird die Maßnahme der Regie-  
rung im Volke helle Empörung auslösen. Das  
gilt umso mehr, als die allgemeine Finanzlage des Reiches  
und auch die Preisbewegung auf den Getreidemärkten alles  
andere, nur nicht die beiden Maßnahmen der Regierung  
rechtfertigen. Es soll eben dabei bleiben: man belästet die  
breiten Schichten und entlastet den Besitz und das große  
Einkommen; man verteuert die Getreidepreise, obwohl die  
deutschen Getreide- und Brotpreise weit über Preisniveau  
liegen und mit den ausländischen Getreidepreisen ausge-  
glichen sind.

Das Steuerjahr 1924/25 hat einen heillosen Ueber-  
schuß der Steuererträge anzuzeigen. Dieser  
Ueberschuß ist aber sehr teuer bezahlt worden: denn das  
Mehr in den Steuererträgen rührt durchwegs aus der  
Lohnabzugs- und Umsatzsteuer her. Beide  
Steuern sind maßlos überspannt und haben sich in  
schädlichster Weise auf das Wirtschaftsleben ausge-  
wirkt. Der Lohnabzug verringerte das Einkommen ohne Rücksicht  
auf das Existenzminimum und verminderte die Kaufkraft.  
Die gleichen Wirkungen löste die Umsatzsteuer aus, die  
eine indirekte Steuer schlimmster Art darstellt.  
Wenn wir heute in Deutschland in einer Kaufkraftkrise  
stecken, wenn immer wieder betont und nachgewiesen wird,  
daß die Warengirulation, der ganze Warenabgabapparat  
steckt, so ist das in erster Linie auf den Lohnabzug und  
die Umsatzsteuer zurückzuführen.

Die Sozialdemokratie hat nun inwischen ein  
Steuerertragsminimum von 1200 M. verlangt. Diese For-  
derung stellt ein Minimum dar, dem unbedingt aus wirt-  
schaftlichen Gründen Rechnung getragen werden muß. Das  
gleiche gilt für die Umsatzsteuer. Sie ist unter dem  
Druck der ungerechten Kriegslasten nach dem Zusammen-  
bruch eingeführt worden. Die Einführung erfolgte nicht  
leichtem Herzens, da man die schädlichen Folgen für die  
Wirtschaft fürchtete. Heute aber haben sich die Verhältnisse  
geändert und die völlige Erhebung der Umsatzsteuer durch  
Steuern von Besitz und aus den großen Einkom-  
men ist schon aus Gründen der Ueberwindung der Wirt-  
schaftskrise geboten. Die Wälderung des Lohnab-  
zuges und die Vereinfachung der Umsatzsteuer  
waren der größte Dienst, den man der deutschen Wirtschaft  
leisten konnte.

Die gegenwärtige Reichsregierung läßt sich aber von  
wesentlich anderen Grundsätzen leiten. Das beweist ihr  
Plan, die Getreidezölle schon für die nächste Ernte einzu-  
führen. Es liegt auf der Hand, daß diese Getreidezölle nach  
der Richtung einer weiteren Verschärfung der Industrie-  
krise wirken müssen. Die geplanten Getreidezölle sind eine  
wesentliche Verteuern der Lebenshal-  
tung, umso mehr als Lohnhöhenmaßnahmen ansehts der  
schlechtesten Lage in vielen Wirtschaftszweigen, z. B. in Teil-  
en der Metallindustrie und im Verabau, nur schlecht durch-  
zuführen sind und das Lohnniveau ganz allgemein dem  
Preisniveau in Deutschland nicht entspricht. Wir haben  
bereits mehrfach nachgewiesen, daß in dieser Differenz des



### Die Justiz eine innerpolitische Gefahr

Leider muß es offen ausgesprochen werden: die deutsche Strafrechtspflege wird in Anklagen, Untersuchungen und Prozessen, die einen politischen Hintergrund oder die einen politischen Charakter aufweisen, in immer stärkerem Maße zu einer rechtsernstenn innerpolitischen Gefahr. Die Fälle häufen sich, wo in solchen Prozessen nicht nur die Anklagebehörden, sondern oftmals auch in noch verstärktem Maße die Untersuchungsbehörden und erst recht Richterkollegien in geradezu fragwürdiger Weise sich offenbaren. Gewiß, die deutsche Justiz hat auch früher auf diesem Gebiete auffallende Leistungen zu verzeichnen. Sie hat einst, über ein halbes Jahrhundert ist es her, gegen bürgerliche Fortschrittsleute sich von den herrschenden Gewalten willig benützen lassen, wie später auch gegen das Zentrum, als Bismarck seinen speziell vom politischen Standpunkt unsinnigen Kampf gegen den Ultramontanismus führte, wie er seine Bekämpfung des Zentrums, d. h. der katholischen Volksteile nannte. Als dann Bismarck mit dem elenden Schandgesetz glaubte, die moderne Arbeiterbewegung niederwerfen zu können, wurden in deutschen Justizpalästen wahre Organe einer politischen Tendenzjustiz gefeiert. Sozialdemokrat damals so sein und vor deutsche Gerichtshöfe kommen, das hieß in der Regel rückwärtslos verurteilt zu werden. Und ebenso rückwärtslos wurde die bis zur wahren Folter ausgedehnte Untersuchungshaft angewendet. Jene Zeiten waren für Richter und Staatsanwälte, denen die Strebsamkeit in der Karriere über alles ging, vom allergrößten Vorteil. Was die Anklage- und Spruchbehörden begannen, vollendeten die Behörden in den Strafanstalten. Jeder Sozialdemokrat hatte von vornherein auf die ungünstigste Behandlung zu rechnen; jede Schikane war gerade gut genug, um gegen ihn angewendet zu werden.

Nach dem Fall des Schandgesetzes im Jahre 1890 trat eine kleine Pause ein. Jedoch in Ostpreußen und speziell in Sachsen lehrte die Justiz alsbald wieder zu den alten Praktiken zurück. In Sachsen brachte die Justiz die böseartige Verfolgung von Sozialdemokraten in ein förmliches System. Als dann bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 die sächsischen Wähler der Sozialdemokratie ein Vertrauensvotum ausstreckten, das in der gesamten Welt Aufsehen erregte, von den 23 sächsischen Reichstagsmandaten fielen 22 an die Sozialdemokratie, begriff schließlich sogar die sächsische Regierung und begriffen auch die sächsischen Richter, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann.

Die Reichstagswahl 1907 brachte der Sozialdemokratie hinsichtlich der Mandatszahlen eine Niederlage, die in hohem Maße „belebend“ auf die deutsche Strafrechtspflege wirkte. In den Jahren 1908/09 rissen die Mitteilungen über Urteile einer trassen Klassenjustiz nicht mehr ab. Und erst nach dem großen Wahlsieg der Sozialdemokratie im Jahre 1912 trat wieder eine kleine Milderung ein.

Es war charakteristisch für die deutsche Justiz, daß ihre Anklage- und Spruchpraxis je nach dem Gange der politischen Ereignisse härter oder milder wurde. Als Bismarck das gesamte Bürgertum und die gesetzgebenden Körperschaften gegen jede Opposition, vornehmlich aber gegen die Arbeiterbewegung hegte, waren neben Polizeibehörden deutsche Staatsanwälte und Richter die eifrigsten, die sich gegen den „inneren Feind“ wandten. Erst als die Regierung Niederlagen, entstanden ernste außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, die mit oppositionellen Wahlsiegen verbunden waren, wurde augenblicklich auch die deutsche Justiz in Prozessen mit politischem Charakter milder.

Der Weltkrieg brachte aus. Auch der letzte Proletarier und jeder Sozialdemokrat wurde als Kanonensfutter dringend benötigt. Und als gar der Siegestrausch der ersten Monate verflogen war, langsam die Erkenntnis stieg, daß wir in einen Kampf um Tod und Leben verwickelt waren, konnten auch deutsche Staatsanwälte und Richter selbst gegen Sozialdemokraten beinahe lebenswürdig sein. Das erhöhte sich noch bedeutend, nachdem am 9. November die innerlich verkaufte kaiserliche und monarchistische Herrschaft zusammengebrochen war. Wer damals mit der deutschen Justiz nähere Fühlung hatte, weiß noch, daß es den Herrschenden in den Tempeln der deutschen Gerechtigkeit wenig möglich zu Mute war. Sie fürchteten, daß im Strome der Umwälzung auch die Unabsehbarkeit der Richter vielleicht mitschwimmen könnte und sie fürchteten nicht minder, es könne schließlich die Wahl der Richter durch das Volk erfolgen. In jenen Zeitläuften war es, gemessen an den Zuständen vor dem Kriege, beinahe eine „Annehmlichkeit“ in Deutschland, einen politischen Prozeß bestehen zu müssen.

Das änderte sich jedoch wieder sehr schnell. Spartakus und andere nur vom politischen Fanatismus und von politischen Unmöglichkeiten geleitete Organisationen richteten ein solches innerpolitisches Unheil an, daß zu einem durchgreifenden inneren Aufbau sowohl die Zeit wie auch die Kraft fehlte. In den Tempeln der deutschen Gerechtigkeit hatte man vorläufig nichts zu fürchten. In dem bekannten Prozeß Erzberger-Hellferich wagte sich die deutsche Justiz wieder hervor, um das von früher her so übel bekannte Gesicht zu zeigen. Je höher die nationalistische Welle stieg, desto härter und unverständlicher wurden die Urteile gegen Parteien oder Angehörige solcher Parteien, die Träger des neuen Staates waren.

Während früher in der Monarchie die Justiz rückwärtslos sich gegen Jeden wendete, der als Feind des damaligen, also des alten Staates angefaßt war, so sehen wir die deutsche Justiz seit etwa vier Jahren umgekehrt in größter Schärfe gegen alle sich wenden, die Träger des gegenwärtigen Staatsgedankens sind. Schon der bürgerliche Demokrat hat ungünstige Gewinnchancen; ist er dabei noch gar ein erklärter Republikaner, sinken die Chancen erheblich und als sozialdemokratischer Republikaner sind die Chancen auf den Nullpunkt gesunken. Schwere Beleidigungen so-

zialdemokratischer Minister wurden mit lächerlichen Geldstrafen geahndet, sofern es auch der juristischen Kunstschloßerei nicht gelang, den nationalistischen Beleidiger durch die Maschen des Gesetzes schlüpfen zu lassen. Am schlimmsten war in dieser Beziehung der erste Reichspräsident der deutschen Republik bestellt. Es fehlte nicht mehr viel, daß der deutschen Strafrechtspflege, die auch die geringste Beleidigung Wilhelm II. aufs schwerste ahndete und dieselben Staatsanwälte, die in unermüdlichem Eifer täglich die oppositionelle Presse darnach durchsuchten, ob man nicht einen Majestätsbeleidigungsprozeß antretzen könnte, was im Falle des Gelingens höheren Orts immer sehr wohlgefällig vermerkt wurde, konnten, wenn es sich um die erbärmlichsten und infamsten Beschimpfungen des Oberhauptes der Republik handelte, von einer unerreichten Nachgiebigkeit sein.

Der Monarchist und Nationalist zur Zeit der Monarchie konnte sich getrost auf die deutschen Richter und Staatsanwälte verlassen; der Republikaner in der Republik kann sich auch auf die deutsche Justiz verlassen, daß sie ihm erforderlichenfalls nichts schenken wird. Für die gegenwärtige Staatsform einzutreten, ist in Deutschland manchmal ein etwas gefährliches Beginnen, denn in deutschen Gerechtigkeitstempeln hat man darüber oftmals gar eigenartige Auffassungen.

Und da ist eine Tatsache besonders auffallend. Während Süddeutschland auch in den Zeiten der Monarchie im allgemeinen wohltnend in der Praxis bei politischen Prozessen gegenüber Ostpreußen oder Sachsen abstand, wurde ganz plötzlich Bayern der Hort der reaktionären Anklage- und Spruchpraxis. Und beinahe zu gleicher Zeit haben wir, wie selbst im demokratischen Rußland die Baden Gerichtshöfe ein ziemlich aufreizendes Verständnis für nationalistische Untriebe bekunden, für Untriebe, die in jedem Falle die staatliche Aufbaubarkeit stören müßten. Inzwischen haben wir erlebt, wie auch bei uns Staatsanwälte in öffentlichen Reden Vergernis erregen und Anführer der Staatspräsidenten nach nationalistischer Gassenjungenmanier beschimpfen. Aber von der festen Hand, von der gelegentlich der Herr babische Justizminister so bereit zu sprechen weiß, haben wir bisher noch nichts bemerkt.

Daß viele Kreise der deutschen Gerechtigkeitsdiener keine übermäßigsten Freunde der demokratischen Republik sind, wissen wir aus der Beobachtung der Parteigänge. Inzwischen hat noch eine bestimmte Organisation ihre besondere Aufmerksamkeit und — wie es scheint — auch ihren Unmut erregt: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Dieselbe deutsche Justiz, die aus ängstlichen Bedenken ist, ja um des Himmels und um der deutschen Gerechtigkeit Willen keinerlei Härte und Schärfe gegen bafentkrenzlerische Unruhestifter und Ruchlosen zu entwickeln. Sie kann von einer außerordentlichen Strenge und vom allerhöchsten Pflichteifer sein, wenn es gegen Reichsbannerangehörige geht. Im Norden und im Süden. Sinn, Zweck und Ziel dieses Reichsbanners ist, den bestehenden Staat zu erhalten, auszubauen, seine äußere und innere Sicherheit zu gewährleisten, wirklich nationale deutsches Denken zum Gemeingut des deutschen Volkes zu machen, trotzdem — in den Tempeln des deutschen Gerechtigkeitsbetriebes werden die Geschlechter der Pflieger der deutschen Gerechtigkeit immer eifriger, die Anklagen häufiger, die Untersuchungsarbeit länger und umfangreicher, die Urteile härter. Während es den Anklagebehörden diesfalls so ganz und gar nicht gelingen will, bafentkrenzler zu erwischen, falls der Verdacht der Verübung strafbarer Handlungen vorliegt, sind unsere Strafbehörden, Staatsanwälte und Untersuchungsrichter sofort von größtem Erfolge begleitet, wenn Reichsbannerleute angeklagt und verfolgt werden sollen. Es ist interessant zu beobachten, daß man in Deutschland Republikaner sofort am Straken erwischt, daß es aber unendlich schwer und manchmal einfach unmöglich ist, nationalistische Kradabhelden oder Mordbuben zu erreichen.

Diese Wertwürdigkeiten der deutschen Gerechtigkeitspflege verhorren sich aber in steigendem Maße gelegentlich zu wahren Justizskandalen. Was gegen den ehemaligen Minister Höpfe, auch was gegen Barnat von deutschen Justizorganen begangen worden ist, schreit nachgerade zum Himmel. Die Art der Justizaktionen, wie sie seit kurzem gegen Reichsbannerorganisationen unternommen werden, verwilligen direkt den Rest von Ansehen, den die Justiz sich noch erhalten hat. Und darum ist das, was sich jetzt im deutschen Justizbetriebe in manchen Bezirken abspielt, eine ernste innerpolitische Gefahr, es ist auch eine Gefahr für den staatlichen Aufbau selbst. Es ist kein geregelter und ebensowenig ein aufwärtsstrebendes staatliches Leben denkbar, wenn die Rechtspflege im Lande solchen berechtigten Anklagen und einem solch berechtigten Mißtrauen sich aussetzt, wie es leider übermalm in Deutschland der Fall ist. Geht es so weiter, so ist es heilige staatsbürgerliche Pflicht, eine allgemeine und mit eiserner Konsequenz durchgeführte Volksbewegung gegen den Justizbetrieb in Deutschland zu entfalten.

### Verbot der Schülerabzeichen

Das Provinzialschulkollegium für die Provinz Brandenburg hat einen sehr begründeten Erlaß herausgegeben, welcher den Schülern während des Schulunterrichts und bei anderen Veranstaltungen der Schule das Tragen jeistlicher Abzeichen verbietet. Es dürfen lediglich bei Veranstaltungen der von der Schulverwaltung genehmigten Schülervereinigungen deren Abzeichen getragen werden. Dieser Beschluß dürfte wesentlich dazu beitragen, die politische Verwilderung eines Teiles der Schuljugend, die leider schon recht oft in wilden Schlägereien zum Ausdruck gekommen ist und in der bedenklichsten Weise den Erfolg des Unterrichts in Frage stellte, zu bekämpfen. Im Interesse unserer Schuljugend wäre es angebracht, wenn sich alle Schulverwaltungen dem bemerkenswerten Beschluß des Provinzialschulkollegiums Brandenburg mit größter Beschleunigung anschließen würden.

### Das Karlsruher Tagblatt und die Aufwertungdemagogie der Deutschnationalen

Ein Eingeständnis zum Quaculi

Der Umstand, daß jetzt, wo ernstlich an das Aufwertungsproblem herangegangen wird, die deutschnationale Demagogie elend zusammengebrochen ist, drückt den Wortführern dieser Demagogie die Feder in die Hand, um dem dummen Volke, das wegen des Aufwertungsmaßstabes bei den Dezemberwahlen zum großen Teil deutschnational gewählt hat, den deutschnationalen Schwindel etwas mündgerecht zu machen.

So verbricht das deutschnationale „Karlsruher Tagblatt“ in der Freitag-Abendausgabe einen Reiterartikel, in dem folgende beklügende Sätze enthalten sind:

Es war ein Unglück für die deutsche Politik und auch für die Aufwertungsfrage selbst, daß die Frage in die parteipolitische Propaganda hineingezerrt wurde, und daß die Parteien verurteilt waren, durch Aufwertungsverprechen Vorteile zu gewinnen.

Durch die parteipolitische Ausschaltung der Aufwertungsfrage sind Hoffnungen geweckt worden, deren Unerfüllbarkeit für jeden Einsichtigen von vornherein klar war.

Aber für jeden einsichtigen Menschen ist es klar, daß eine völlige Wiederherstellung des früheren Zustandes einfach menschlich unmöglich ist. Auch wer der Gerechtigkeit jedes Opfer bringen wollte, könnte diese Aufgabe nicht erfüllen. Eine Zurückwägung der Ereignisse ist unmöglich. Wir müssen von den bestehenden Tatsachen ausgehen.

Wollte man heute dem Staat die vollaufgewertete Schuld wieder aufbürden, so müßten wir alle unter der Last der Steuern, die zur Verzinsung notwendig wären, zusammenbrechen. Eine ähnliche Gefahr würde auch für zahlreiche Unternehmungen entstehen, wenn sie in der heutigen Lage mit der vollen Aufwertung belastet würden.

Da schlag einer lang hin. So was war noch nicht da. Gerade die Deutschnationalen waren es doch, im eblen Wettstreit mit ihnen aber auch die Völkischen, die Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler, die schon bei den März- und Aprilwahlen des vorigen Jahres, noch hemmungslos aber bei den Dezemberwahlen, die weitgehendsten Aufwertungsverprechungen machten, sich als die einzigen wahrhaften Freunde der verarmten Opfer der Währungsreform empfahlen und die Sozialdemokratie als die gefährlichste Partei anfeindeten, die fastherzig die hunnarenben Kleinrentner untergehen lassen will.

Diese Darstellung tat dem auch ihre Wirkung. Die auf Aufwertung hoffenden armen Teufel ainen zum großen Teil den Rechtsradikalen ins Garn. In ihrer verurteilungslosen Demagogie verbrachten sie volle Aufwertung aller Schuldforderungen und stellten in Aussicht, daß die ganze Aufgabe im Handumdrehen gelöst werde, wenn sie erst einmal in der Regierung wären. Jetzt sind sie in der Regierung und jetzt soll, wie das „Tagblatt“ schreibt, „es jedem Einsichtigen von vornherein klar gewesen sein, daß die völlige Wiederherstellung des früheren Zustandes einfach menschlich unmöglich ist.“

Das heißt also mit anderen Worten: Man hat es vorher gewußt, aber trotzdem Wahlschickliche damit gemacht. Die Hauptfrage ist, daß das dumme Volk es anlaubt hat und — weiterhin auf das „Tagblatt“ abonniert.

### Verhaftung v. Bostmers

Leipzig, 16. Mai (Fig. v. Dienst). Am Donnerstag nacht wurde der Mittelmeyer a. d. v. Bostmer in Leipzig verhaftet. Er war mit dem „Apfel“ Käufer in Verbindung getreten und hatte mit dem Anführer Kaufers vor mehreren Monaten eine Einlage an den Staatsgerichtshof untergeschoben, in der die nationale Strategie sofort die Freilassung des beschuldigten Kapitans Erhardt forderte. Die Einlage war in verkehrte Weise geschrieben, jedoch gegen die Unterzeichneten ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Ende April ds. Js. war der Termin zur Hauptverhandlung in Hamburg angesetzt, zu der der Graf Bostmer nicht erschien, Deshalb war der Haftbefehl erlassen worden, der gestern vollzogen wurde.

### Die Abfindung der Cumberländer

Braunschweig, 15. Mai (Fig. Bericht).

In dem seit Jahren schwebenden Prozeß des Hauses Cumberländer gegen den braunschweigischen Staat verurteilte am Freitag der Zivilsenat des Oberlandesgerichts Braunschweig folgenden Vergleichsvorschlag für die Parteien: Dem Herzogshaus wird eine Rente von 350 000 Mark jährlich zugesprochen. Es sind so viele Domänen und Forsten zu überweisen, daß dem Herzogshaus nach Abzug der von ihm übernommenen Kosten eine jährliche Reineinnahme von 250 000 Mark gesichert wird. Außerdem sind 100 000 Mark in der jährlich der Herzogshaus in vierteljährlichen Raten von je 25 000 Mark im voraus zu zahlen. Die Parteien sollen sich bis zum 2. Oktober 1925 über die Annahme erklären. Der Vorschlag ist für die sozialdemokratische Partei natürlich unannehmbar.

Wie sagte vor einigen Tagen der Abgeordnete Müller-Franken — wohlgerne nicht der Sozialdemokrat Müller-Franken, sondern der Wirtschaftsparteiler dieses Namens — in der großen Aussprache des preussischen Landtages über die Sanierung des preussischen Staatshaushalts? Bei der Verankerung der Ruhrmillionen an die Schwerindustrie habe die Reichsregierung eine geradezu betäubendswerte Aktivität offenbart; nicht lange Pfennigsparserei und schäbiges Feilschen, sondern Millionengeschäfte sozusagen mit einer Handbewegung!

Was den Schwerindustriellen des Ruhrgebietes recht ist, warum sollte das nicht den Cumberländern in Braunschweig und all den anderen abzufindenden Fürsten und Potentaten in Deutschland billig sein! Man kann doch um Gotteswillen diese hohen Herrschaften nicht mit ein paar Lumpigen Pfennigen abspesen, wenn auch in allen deutschen Parlamenten über die fürchterliche Not der Zeit und über die schlechten Finanzen geplagt wird. Den großen, feinen und vornehmen Herrschaften gegenüber kann man nicht kleinlich sein. Wenn es sich um kleine Leute handelt, um die Forderungen der Sparer s. w. in der Aufwertungsfrage oder um Gehaltsverhöhdungen und ähnliche Dinge — ja, dann muß mit Pfennigen gerechnet werden. Das ist den kleinen Leuten gegenüber auch nicht so schlimm. Die Jemen ja sowieso nur ein Pfennig-Budget und dreien jedoch











# Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 18. Mai

## Geschichtskalender

18. Mai: 1789 Der französische Dramatiker Beaumarchais in Paris. — 1848 Zusammenkunft der ersten deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. — 1886 sogenannte Friedenskonferenz in Haag.

## Eröffnung der Jubiläums-Ausstellung des Badischen Blindenvereins

In der Badischen Landesgewerbehalle Karlsruhe wurde am Samstag vormittag 11 Uhr die Jubiläums-Ausstellung des Badischen Blindenvereins durch dessen 1. Vorsitzenden, Geh. Oberregierungsrat Dr. Clemm, im Bibliotheksaal eröffnet. Zu dem Eröffnungsakt hatten sich Vertreter der Reichs-, Staats- und Städtischen Behörden eingefunden.

Nach warmen Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden des Vereins, Dr. Clemm, der seiner Freude über das der Ausstellung bewiesene lebhafteste Interesse Ausdruck gab, schilderte er Zweck und Ziele der Ausstellung und gab in kurzen Zügen einen Einblick in die Werkstatt des Blinden. Sodann entwickelte er in kurzen Umrissen die Arbeit, die dem Verein, vornehmlich aber den Blindenanstalten, zufällt, die in der Heranbildung der Blinden zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft besteht und die höchst erfreuliche Resultate gezeitigt habe. Das bewiesen am besten die Arbeiten unserer Blinden, die sich auf alle Gebiete unseres werktätigen Lebens erstrecken.

Hierauf erging an die Teilnehmer Einladung zu einem Rundgang durch die Ausstellung. Unter der trefflichen Führung des bewährten Blindenlehrers der Badischen Landesblindenanstalt I. v. S. H. wurde den erkrankten Besuchern die Arbeiten der Blinden vor Augen geführt, die nicht nur von einer erstaunlichen Kunstfertigkeit, sondern auch vor allem von Fähigkeit und beharrlicher Ausdauer, mit der sich die Blinden Arbeiter beiderlei Geschlechts ihrem Handwerk widmen, zeugen. Unter den zahlreich ausgestellten Arbeiten verdienen vor allen Dingen die Erzeugnisse der verbreitetsten Blindenberufe, nämlich der Korb- und Wirtsmacherei, der Matten- und Stuhlflächerei usw. erwähnt zu werden. Von künstlerischem Können zeugen die weiblichen Handarbeiten, ferner die Arbeiten des blinden Schreinermeisters J. v. W. Woher aus Seelbach bei Rahr, die nicht nur eine hervorragende künstlerische und technische Schulung verraten, sowie die Bilder aus der Blindenwerkstatt des Erholungs- und Beschäftigungsheims für Blinde, Wernigerode am Harz. Sehenswert ist insbesondere weiter die praktische Vorführung der Drahtschneidmaschine der Blindenanstalt Freiburg, einer Strickmaschine der Spinnererei und Stuhlflächerei, die von Blinden gewirkt wird, welche Arbeiten Fälle von ganz besonderer Anspannung an das Geschick der Hand und Ueberwindung dem aus dem Staunen nicht herauskommenden Zuschauer vor Augen führen und den Sehenden beweisen, daß es auch im Reiche der Toten Nacht bei beharrlicher Ausdauer ein auskömmliches Dasein zu führen imstande ist. Ein Besuch kann daher nur empfohlen werden.

Besonders hervorzuheben sei noch, daß ein großer Teil der ausgestellten Gegenstände dem Verkauf ausgesetzt ist. Es sollte daher niemand diese günstige Gelegenheit versäumen, die den Blinden, nicht zuletzt aber auch deren mit größter Aufopferung unermüßlich tätigen Lehrmeistern, Gewinnung dadurch zu verschaffen, indem man den einen oder anderen gewiß sehr nützlichen Bedarfsartikel erwirbt, sich zur inneren Befriedigung, den blinden Handwerkern zur Erbauung.

## Intimes aus der Karlsruher kommunistischen Familie

In der diesigen kommunistischen Familie scheint sich die kommunistische Weltrevolution auszuwirken, denn es geht alles drunter und drüber. Am 1. Mai fand eine solenne Keilerei statt, wo insbesondere der Führer des Roten Frontkämpferbundes seine Abfälle erhielt. Über die Revolutionäre der Moskau-Schule treiben selbstverständlich die „Revolution“ weiter und die nächste Etappe bildet die Mitgliederpersönlichkeitsmordung am letzten Freitag, in deren Einladung es ausdrücklich hieß: „Nur Krankheit oder berufliche Verbindungen entschuldigen.“ Die Zellenbesuche sind für reiflichen Besuch veranwortlich.

Es muß also schon eine außerordentlich wichtige Mitgliederbesprechung gewesen sein, wenn der Mittelstern derart auf dem Leib gerückt wird, wie es in der Versammlungsbekanntmachung zu sehen ist. Als ein weiteres Dokument der Wichtigkeit dieser Versammlung kann dienen, daß der kommunistische Sekretärwitling aus Baden, nämlich der be-rühmte Herr Reichstaatsabg. Kenzler, Mannheim in höchst eigener Person erschienen ist, um nach dem Rechten zu sehen. Und er hielt den Versammelten eine Moralspredigt und donnerte gewaltig gegen seine lieben Freunde, die scheint's ganz verpumpt sind. Er brachte damit, daß wenn es nicht besser werde, der Karlsruher Ortsverein aufgelöst und ein Vorläufer aus Mannheim einberufen werden müßte. Große Klage — die Tränen standen ihm bereits in den Augen — führte er darüber, daß der Absonnenstand der „Arbeiter-Zeituna“ sich stets verringere. Von Monat zu Monat sei die Abonnentenliste gesunken, besonders aber letzten Monat. Er sei kaum mehr der Mühe wert, die Zeitung nach Karlsruhe zu verschicken. Und so ging die Phantasie weiter, jedoch dem Jakob Trabinger es recht wehe ums Herz wurde.

Aber die Donnerworte des Herrn Kenzler waren umsonst, denn die gewünschte Wirkung. Die aufstrebende kommunistische Bewegung will Bewegung, „latvolles“ Leben haben, nach jeder Art Revolutionen veranlassen und kaum hatte Kenzler sein Geschrei geleistet, da setzte der Spektakel ein, der eine Schmeichelei an den andern, der kommunistische Gastion erfüllte die vier Wände des Versammlungstafels, Schimpfnamen wie „Schwamm“, „Schwamm“ usw. schwirren durch das Lokal und Vormünder waren Besprechungen nach des Nächsten, d. h. des kommunistischen Bauers Weib, fielen in Menge, jedoch man glauben konnte, daß die kommunistische Weibergemeinschaft in der Praxis existiert. Es ging immer „revolutionärer“ zu, auch gegen Stadtrat Bauer wurde gewaltig gewettert. Der Darm

steigerte sich immer mehr, bis es zur Explosion kam und sich das Karlsruher weltrevolutionäre Proletariat am Krausen und eine gewaltige Keilerei sich entwickelte.

So steht die kommunistische Bewegung in Wirklichkeit aus, Sumpf und Unmoral haben sich breitgemacht. Die Zerfallung ist in vollem Gange, jeder anständige Mensch wendet sich mit Abscheu von einer solch verkommenen Gesellschaft, die in jedem Nebenmenschen, der nicht ihren Zer- und Sumpfweg beschreitet, als Lump und Verräter ansieht. Und dabei sind diese Herrschaften die Schlichtheit selber.

## „Im unsichtbaren Wellenmeer“

Die Bad. Gesellschaft für Radiotechnik e. V. Karlsruhe hatte auf Donnerstagabend zu einem Radio-Vortrag in das Konzerthaus eingeladen. Einer der Herren dieser Gesellschaft betonte einleitend den guten Fortschritt, den die Radiotechnik seit den 1 1/2 Jahren ihrer Einführung in Deutschland gemacht habe. Hauptächlich sei dies das Verdienst der Postbehörde, die keine Anfeindungen gesendet und das ganze Reich mit einem Netz von Sendestationen überzogen habe. Karlsruhe habe keine eigenen Sender. Auch die Entwicklung der Radiotechnik sei in Karlsruhe nicht so fortgeschritten wie sonst allgemein in Deutschland. Das läßt sich daher, weil gerade hier große Störungen durch die Straßenbahn eintreten. Man sei jedoch dabei, diese Störungen durch Verbesserungen bezw. Veränderungen an der Straßenbahn zu beseitigen.

Sodann erläuterte Herr Dipl.-Ing. Angers die Vorfälle. Diese waren besonders für den Fachmann sehr interessant, jedoch auch geeignet, dem Laien die Vorkänge auf dem Gebiete der Radiotechnik klar vor Augen zu führen, und leicht verständlich zu machen. Die ersten Bilder brachten die Kurve von Gleich- und Wechselstrom. Die Aufnahmen waren fast durchweg von Hamburger Sender. Man sah den Aufnahmeapparat, den Schalltrichter, den Motoren- und Akkumulatorencellraum. Als Empfangsapparate wurden die Telefon-Empfänger in ihrer verschiedenen Größe und Ausmachung gezeigt. Der ganze Film, der aus drei Teilen bestand (teilweise Teilfilm) demonstrierte recht anschaulich die Vorkänge im unsichtbaren Wellenmeer. Wiederholt wurden auch die Namen der verdienstvollsten Männer auf diesem Gebiete genannt, nämlich die Herren von Arco, Schach, Herz und Braun. Herr Angers sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß wir auf der Radiotechnik, Telegraphie usw. andauernd fortgeschritten werden.

Der Kampf ums Eheglück. Auf den Vortrag mit diesem Thema, der heute abend 8 Uhr im „Friedrichshof“ stattfand, sei nochmals hingewiesen. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Veranstaltung einen sensationellen Einschlag, sondern ernste Belehrung und Aufklärung stehen im Vordergrund, so daß der Besuch im Interesse jedes Einzelnen anliegen ist. Nach dem Vortrag ist Diskussion und Traubenbeantwortung. Alle Personen über 17 Jahre haben Zutritt. Die Eintrittsgelder betragen 30 Pf.

Kassische Reichsbanknoten der bayerischen Notenbank. Von den von der bayerischen Notenbank ausgegebenen Banknoten zu 50 RM. sind Fälschungen festgestellt worden, die an Fehlen des Wasserzeichens, an der Farblosigkeit, an zu hellem Druck der Ziffern und an der teilweise Unklarheit der Buchstaben, sowie der mangelnden Schärfe der Zeichnung zu erkennen sind.

Strassenbahn nach Kniefingen. Im Interententeil der heutigen Nummer befindet sich ein Inserat des Städt. Bahnamts bezüglich der Fahrpreise und der Abfahrtszeiten nach Kniefingen.

Strassenreinigung. Das städtische Tiefbauamt hat mit der Reinigung verschäbener Strassenstreifen begonnen und beschäftigt, diese Arbeiten den ganzen Sommer über fortzusetzen, soweit die Witterung dies zuläßt, da sich die Reinigung bisher als das beste Staubabfuhrmittel erwiesen hat. Zur guten Durchführung der Arbeiten ist aber eine mehrere Tage trocken gehaltene und gründlich abgefegte Strassenfläche unbedingtes Erfordernis, jedoch sich bei den Vorbereitungsarbeiten, Staubentwicklung nicht vermeiden läßt. Diese nur kurz währende Unannehmlichkeit muß im Interesse einer möglichst wirksamen Staubabfuhr in Kauf genommen werden.

Ausflug zum Trachtenfest nach Gutach. Das Trachtenfest, das zu Ehren der Karlsruher Bevölkerung am Samstag, den 16. d. M., in Gutach veranstaltet wird, verpricht nach den umfassenden Vorbereitungen des Vereinesvereins Gutach und der dortigen und der hiesigen Trachten ein sehr schönes und vielseitiges zu werden. Die Anmeldungen dazu mehren sich nunmehr in erfreulichem Maße, jedoch heute schon weit über 200 Meldungen vorliegen. Der Sonderung muß aber 500 Personen umfassen. Da sich die Meldungen jetzt häufen, ist die Meldefrist bis nächsten Montag abend 8 Uhr verlängert worden. Das Trachtenfest findet auf alle Fälle statt und soll ein herrliches Zeugnis sein für das Versehen von Land und Stadt und ein Beweis für die guten Beziehungen, die die Schwarzwälder Trachten mit der Karlsruher Bevölkerung unterhalten wollen.

Bitte für eine alte Quilatin. Man schreibt uns: Pfingsten in einem Jahre werden es fünfzig Jahre, daß das Gebäude des alten Realgymnasiums in der Schulstraße (heute als Humboldtschule in der Englerstraße bezeichnet) von den Schülern dieser, 1868 aus der höheren Bürgerschule abgespaltenen Anstalt bezogen wurde. Eine große Anzahl von Schülern hat dieses Schulhaus im Laufe der Zeit aufgenommen. Im Weltkrieg diente das Gebäude als „Humboldtschule“ einer großen Zahl von Soldaten als Quartier. Schulunterricht und militärische Ausbildung gingen hart nebeneinander vor sich. Erfreulich ist das Zusammenhalten der alten Realgymnasialisten, und es steht zu erwarten, daß in einem Jahre die Jubelfeier des Gebäudes eine rege Beteiligung ehemaliger Schüler aufweist. Aber ein Jubiläum darf nicht im stillen, abgetragenen Arbeitsstille an seinem Ehrenfest erscheinen. Das gilt auch von unserem Schulgebäude. 49 Jahre hat es das gleiche Glück getragen, und doch haben sich die hygienischen Anforderungen in diesem Zeitraum grundlich geändert, und die technischen Hilfsmittel sind andere geworden. So weiß unsere liebe Schule nur vom Hörensagen von der Dampfheizung und modernen Vorrichtungen, ganz zu schweigen von einem Brausebad (wie vorbildlich in der Humboldtschule), das mit der Dampfheizung leicht einzurichten ist. Möchten doch die Väter der Stadt unserer lieben Schule entgegenkommen und die nötigen Neuerungen für das Jubiläums-Geburtsstags-Geschenk beizugeben. Was ihr dieser Schülermutter tut, das tut ihr auch ihren Söhnen, und sie werden es der Stadt, gekürzt in ihrer Gefundenheit, einst als tüchtige Bürger reichlich vergelten!

Reiertheim — Ruppenheim 4:1 (1:0). Nach anfänglich heftiger sehr aufgeregter Taten gelang es Reiertheim nach ca. 15 Min. durch Wasser in Führung zu gehen, bei welchem Stande es auch bis zu Halbzeit bleibt. Nach Wiederbeginn sieht man Reiertheim sofort wieder im Angriff und spielt auch eine fast bis zum Schluß des Spiels andauernde Ueberlegenheit heraus, bei welcher die Torzahl nach kurzen Abständen durch Wasser und Kopp auf 4 erhöht wird, welchem Resultate Ruppenheim nur einen Erfolg entgegenzustellen ver-

mohte. Reiertheim bewies bei diesem Spiele seine technische Ueberlegenheit, das erzielte Resultat entspricht vollkom dem Spielverlauf. Ruppenheim konnte nur gegen Schluß einmal gefährlich werden. Reiertheim muß jedoch, das sei an dieser Stelle besonders erwähnt, bei den noch ausstehenden Spielen größeren Eifer an den Tag legen, dann wird ihm der Aufstieg zur Liga gesichert sein.

Internationale Ringkämpfe im Colosseum. Bei dem gestrigen Kämpfen siegte im Fortkampf, wozu Schulz (Hamburg) den Deutschamerikaner Tom Barry herausgefordert hatte, Schulz in der 4. Runde durch Niederschlag. Langguth (Bayern) zeigt immer mehr, daß er einer der ersten Anwärter auf den ersten Preis des Weltstreits ist. Gestern siegte er über den nicht zu unterschätzenden Debie (Abeinland) nach 22 Minuten durch Armzug am Boden. Bei dem dann folgenden Kampf zwischen Lassarresse und Billu ging es, wie nicht anders zu erwarten war, recht lebhaft zu. Beide versuchten um die Wette sich gegenseitig durch Anwendung von verbotenen Griffen den Rang streitig zu machen. Innerhalb 30 Minuten kam ein Resultat nicht zustande. Zum Schluß siegte noch der brillante Schachschneider (Berlin) über Philipp (Charlottenburg) nach 15 Minuten durch Hüftschwung.

Die Bemessung unseres Schicksals. Es sei hiermit nochmals auf den heute Montag den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Künstlerhaus stattfindenden Demonstrationsvortrag von Dr. Carl Höcker über die „Bemessung unseres Schicksals“ verwiesen. Der Redner wird versuchen, in diesem Vortrag eine Beziehung zwischen der altorientalischen Yoga-Lehre und dem modernen abendländischen Denken herzustellen und u. a. interessante Aufschlüsse über die psychische Schulung der Indier, besonders über die Metaphysik des Atoms, geben. Der Vortrag fand überall, wo er zuletzt gehalten wurde, allgemeine Zustimmung bei Publikum und Presse. Karten sind noch im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, eine Treppe, erhältlich. Abendkasse 7 1/2 Uhr.

Stadtpark-Konzerte. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß, gutes Wetter vorausgesetzt, die Abendkonzerte mit dem heutigen Abend beginnen. Wie im vorigen Jahre werden sie Montag, Donnerstag und Freitag abends von 8 1/2 bis 11 Uhr und die Nachmittags-Konzerte am Dienstag und Samstag nachmittag stattfinden.

## Karlsruher Polizeibericht vom 18. Mai

Zusammenstoß. Vorgestern nachmittag stieß in der Kaiserallee ein Personenkraftwagen in dem Augenblick, als er an zwei sich kreuzenden Lastkraftwagen vorbeifahren wollte, mit dem einen Lastkraftwagen zusammen, wobei beide Wagen beschädigt wurden.

Unvorsichtiges Radfahren. Eine Maschinenformereibekrau fuhr am 16. d. M., nachmittags, mit ihrem Fahrrad übermäßig schnell über die Strassenkreuzung Adlerstraße — Birkel und fuhr hierbei in ein durch die Adlerstraße kommendes Auto. Das Fahrrad wurde hierbei beschädigt. Die Frau kam mit dem Schreden davon.

Diebstahl von Lohnbüten. In einer Bauhütte in der Rüppurrerstraße wurde am vergangenen Samstag einem 17 Jahre alten Hilfsarbeiter von Manenloch die Lohnbüte mit 26 M. Inhalt aus der Kottkassette entwendet. — Dergleichen wurde einem lebigen Zimmermann von Teufsch-Neurent in einem Neubau in der Pfalzstraße die Lohnbüte mit 27.50 M. aus der Toppe entnommen.

Körperverletzung. Anlässlich einer Festlichkeit gerieten auf dem Festplatz in Darlanden gestern abend ein Dachdecker und ein Maurer in einen Wortwechsel, wobei ersterer mit einem Bierglas am Hinterkopf verletzt wurde, jedoch er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Außerdem gelangten weitere fünf Personen wegen Körperverletzung, verübt in verschiedenen Stadtegenden, zur Ansele.

Angehalt. 6 Motorradfahrer und 10 Führer von Personenkraftwagen gelangten in den letzten beiden Tagen zur Ansele, weil sie sich gegen die Bestimmungen des Kraftfahrzeuggesetzes vergriffen haben.

Festgenommen. Ein lediger 19 Jahre alter Tagelöhner von Manenloch, weil er vor Jahresfrist einem Schlosserlehrling aus dem Fahrradhandwerk eines hiesigen Fabrikbäudes ein Fahrrad entwendet hat.



Beirat Pfstadt. Mittwoch abend 8 Uhr Zusammenkunft aller aktiven Mannschaften bei der Tullaschule zwecks Gruppeneinteilung.

## Veranstaltungen des heutigen Tages

- Landeskinotheater: „Kauf“, 2. Teil. 8 1/2—11 Uhr.
- Kaffee-Deon: Künstlerkonzert mittags und abends.
- Reitens-Dichtspiele: „Das große weiße Schweigen“ (Kap. Scotts Todesfahrt zum Südpol). Reichspräsident Hindenburgs Einzug und Vereidigung.
- Palast-Theater: „Weg zu Kraft und Schönheit“, Reichspräsident Hindenburgs Einzug und Vereidigung.
- Erzähler-Künstlerpiel: Jeden Abend 7 1/2 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in seinem Stil.
- Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends.
- Abstoßung: Täglich abends 8 Uhr Meister-Ringkämpfe und Partee-Vorstellung.
- Ausstellung „Handwerk und Industrie“ in der Städt. Ausstellungshalle. 9—9 Uhr.
- Lichtspiele — Konzerthaus: „Auf afrikanischen Jagdpfaden“. 7 1/2 Uhr.
- Friedrichshof. Vortrag „Der Kampf ums Eheglück“. 8 Uhr.
- Unterhaltungs: „Die Königs-Grenadiere“.
- Künstlerhaus: Vortrag Dr. Häder „Die Bemessung unseres Schicksals“.

Wie in 4. Seiten 30 Pf. die Helle. (Veranstaltungen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Reklamemittelwert berechnet.)

Karlsruhe. Freie Turnerschaft. Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft der Turnschüler im „Grünwald“. 3196

Durlach. (Gewerkschaftsamt.) Dienstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Lamm“ eine dringende Kartellbesprechung statt. Das Erscheinen aller Kartelldelegierten ist unbedingt notwendig. 631 Die Kartellkommission.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Todesfälle. Heinrich Werber, Rechnungsrat a. D., Ehefrau, alt 78 Jahre. Ludia Sireisguth, alt 63 Jahre, Geschäftsinhaberin, ledig. Wilhelm Bach, praktischer Arzt, Witwer, alt 89 Jahre. Paul, alt 18 Tage, Vater Karl Peter, Schlosser. Franziska Dablinner, alt 69 Jahre, Ehefrau von Gustav Dablinner, Former. Elisabeth Wiel, alt 68 Jahre, Witwe von Johann Wiel, Rangiermeister.



### Aus dem Freistaat Baden Evangelische Kirche und Politik

Seitdem die demokratisch-sozialistische eingestellten Evangelischen sich dagegen zur Wehre gesetzt haben, daß die Kirche zur Parteipolitik mißbraucht wird, hat der Evangelische Oberkirchenrat versucht, sich von dem Verdachte einer politischen Einmischung rein zu waschen. Nachdem aber die Wehrede in ihren Ausführungen so weit geht, zu behaupten, daß sie vor jeder Einmischung gewarnt habe, müssen wir doch den Schleier etwas lüften und einen Erlaß des Oberkirchenrats vom 16. April 1925 bekannt geben, der die bisherigen Verlautbarungen vor allem des Kirchenpräsidenten in eine Beleuchtung rückt, die für den Kirchenpräsidenten D. Wurtz kein angenehmer Hintergrund sein dürfte. Der Erlaß heißt:

An sämtliche Geistliche der Landeskirche!

Leider sind vielerlei Kräfte andauernd am Werk, den Einfluß der evangelischen Kirche und damit den des Evangeliums im Reich, in den Ländern und sonderlich in den Großstädtegemeinden zu zerschlagen. Ja selbst in unserer Kirche rufen laute Stimmen, sich jeder Mitarbeit an dem öffentlichen Leben als an etwas rein Weltlichem in allen Städten, z. B. bei Wahlen und dergleichen zu enthalten.

Wir meinen, daß eine religiös-jüdische Befundung unseres Volkes unmöglich wird, wenn nicht der evangelische Volksteil sich im staatlichen wie im gemeinlichen Leben mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln auch dafür einsetzt, daß die öffentlichen Dinge nicht einfach den Händen von leichtgläubigen, Kirchenfeinden oder Andersgläubigen überlassen bleiben; vielmehr leben wir der Überzeugung, daß die Kraft des Evangeliums sauerteligartig das öffentliche Leben durchdringen könne und müsse. Wir erwarten daher von unsern Geistlichen, daß sie in diesem Sinne aufklärend wirken und dabei unserer Bekanntmachung vom 23. 10. 1924 (W.M. S. 98, Reichstagswahl betr., die erforderliche Beachtung schenken.

Wohlgemerkt: Dieser Erlaß kommt 10 Tage vor der Reichspräsidentenwahl. Wir stehen da einfach vor einem Rätsel, wenn einer noch leugnet, daß hier der Kirchenpräsident nicht parteipolitisch Stellung genommen hat. Die Gleichgültigen sind die Anderen sind die, die vor ihre Partei das Wort „Christlich“ gesetzt haben, das sie bei Wahlen stark betonen, bei Hochschützungen und Alkoholbeschränkung aber immer vergessen. In vertrocknetem dem Sinn nach aber klaren Worten fordert Herr Kirchenpräsident D. Wurtz die Geistlichkeit auf, für Hindenburg Stimmung zu machen und gegen Marx zu agitieren, damit die öffentlichen Dinge nicht einfach den Händen von . . . Andersgläubigen überlassen bleiben. Wir erwarten daher von unsern Geistlichen, daß sie in diesem Sinne „aufklärend wirken“. So wie Herr Wurtz es befohl, so ist es auch gekommen. Nicht in öffentlichen Versammlungen — das hat Wurtz am 23. Oktober 1924 verboten und jetzt wieder daran erinnert, — sondern von den Kanzeln, nach dem Gottesdienst und durch Flugblätter wurde für Hindenburg Propaganda gemacht.

Als D. Wurtz merkte, welches Feuer er angezündet hatte, schrie er am Tage vor der Wahl an einzelne allzu sehr in der Propaganda hervorgetretene Geistliche: Kundgebungen im Gottesdienst betreffs Reichspräsidentenwahl sollen unterbleiben.

Kirchenpräsident Wurtz ist vor der Öffentlichkeit gerichtet. Es ist für eine Kirche einfach untragbar, daß ein Mann an ihrer Spitze steht, der sich solche Blößen gegeben hat. Das wird D. Wurtz wohl selbst einsehen und daraus für seine Person die Folgerung ziehen.

### Die Hoffnungen der Rechten bei den Landtagswahlen

In der sogenannten Blauen Beilage der deutschnationalen Zeitschrift: „Der Markgräfler“ wird im Hinblick auf den Ausgang der Hindenburg-Präsidentenwahl folgende Hoffnung erteilt:

#### Badischer Rechtsblock!

Die Wahl Hindenburgs hat eingeschlagen! Sie ist kein endgültiger Sieg, aber ein Belegzeichen! Wenn die im Reichsblock vereinigten nationalen Parteien einig bleiben, sind sie auf die Dauer unbesiegt. Es nahen badische Landtagswahlen und bald darauf Gemeindevahlen. Man betrachte die Differenz der Hindenburgwahl und sei getroßt: das verhasste, entredete, verhaute, verhöhlte andere Volk ist auch noch da, das Rechte es lebt wählt und siegt! —

Wahrs hat Hindenburg auch in Baden mehr Stimmen erhalten, als am 29. März der Narren-Block. Aber seine 375 000 Stimmen wiegen noch lange nicht die auf die badischen Koalitionsparteien abenebenen 635 000 Stimmen auf. Der Badische Rechtsblock muß sich also stark behaupten; immerhin läßt obige Notiz erkennen, daß bei den herbstlichen Landtagswahlen die Rechte die äußersten Anstrengungen macht. Man darf nur an das bekannte Verlangen des Landbundesführers Laiber bei der letzten Starksrüher Landbund-Tagung am 3. Mai d. J. erinnern, der Rechtsblock müsse auch bei den badischen Landtagswahlen in Funktion treten. Man sieht aus dem „Markgräfler“, wofür man zielt.

Die sozialdemokratische Partei wird sich, darauf können sich die Herrschaften von rechts verlassen, auf ihr gemeinsames Vorgehen einrichten und ihre Mitaktion recht bald beginnen. Wir werden das „andere Volk“, von dem der „Markgräfler“ spricht, gehörig zu Paaren treiben.

Vereibigungsang an der Grenze. Aus Konstanz, 18. Mai, wird uns berichtet: Dem Tag der Vereibigung des Reichspräsidenten der Republik gab das „Schulfrei“ die Note, „Beslagung“ sollte den Tag verhöhnern. Leider scheint die Stadt aber nur über eine sehr bescheidene Zahl republikanischer Fahnen zu verfügen, sodaß an Stellen, wo das Schwarz-Rot-Gold prangen mußte, andere Fahnen ausbesseln mußten. In der freihetlich gerichteten Metropole des badischen Oberlandes, in der ersten deutschen Stadt von der Schweiz her, sollte schon ihrer Weisheit gemäß von städtischer Seite die Fahne und die Farben der Republik begünstigt werden. — Sonst enthielt sich die Bevölkerung mit einigen Ausnahmen der Beslagung. Diese wenigen Ausnahmen bildeten die alten kaiserliche Farben, die von privater Seite in den Wind, der von der Eidgenossenschaft herüberwehte, gehängt wurden. Und diese Inemtwegten waren fast ausnahmslos pensionierte kaiserliche Offiziere. Man konnte damit zur Tagesordnung übergehen, doch sei die Fahne des früheren Re-

gimentskommandeurs, jetzigen Generalleutnants v. Hülferkamp erwähnt. Dieser Pensionär der Republik bezieht aus dem Volke monatlich etwa 900 M. Pension; man darf von ihm annehmen, daß er täglich einige Überstunden machen muß, um die Republik zu schmücken und nachts im Traume noch einige Male „An die Wand!“ oder „An die Mauer!“ über Republikaner und Reichsbannerträger herfällt. — Eine große Anzahl haben und Rädeln, wohl schon 10 Jahre alt, verköhlten mit tags das Bild mit Federadern, die die alten Kaiserfarben tragen. — Abends veranstalteten die Schülervereine des Technicums einen Kafezug. Ob zu Ehren Hindenburgs oder des Reichspräsidenten sei dahingestellt. Der Zug ging auch über den Stephansplatz an dem Balkon vorbei, von dem herunter am 12. April 1848 Friedrich Oeder die deutsche Republik ausrief und auf welchem Platz damals die ehelichen republikanischen Häufen sich sammelten. Damals im April der Drang, die monarchischen Fesseln zu sprengen; heuer im Mai der Wunsch nach neuen Fesseln. Wie sich doch die Zeiten ändern! Und das Geleit gab viel junges Volk, das vor 10 Jahren noch die Windeln trug oder in den ersten Schuhen humpelte.

### Bürgerpflicht.



Aufwertung fordern Sie? Ein guter Bürger „fordert“ nicht, ein guter Bürger wartet bis er abgefertigt wird!

### Auf die Barrikade!



„Getreideschieber Deutschlands, wahret eure heiligsten Güter! Der Profit ist in Gefahr!!“

### Forderungen der Landbündler

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Am Samstag haben in Braunschweig die Herren vom Landbund ihre übliche Jahresparade abgehalten. Sie durften sich „hoher Gäste“ erfreuen. Die schwarz-weiß-rote Landesregierung hatte einen Ständegenossen, den Minister und Ritterquätschler v. Gronow, entsandt, auch die Reichswehr war, wie die bürgerliche Presse meldet, vertreten. Was die angeblich unpolitische republikanische Reichswehr auf einem Landbundsfest zu suchen hat, ist uns unerschöpflich. Die Tagung stand natürlich völlig unter schwarz-weiß-rotem Zeichen, und der Vorsitzende, ein Oberamtmann, verband die Begrüßung der Anwesenden mit einem Gruß an die schwarz-weiß-rote Fahne. Er erklärte unter Beifall der Anwesenden, also wohl auch der Reichswehrvertreter: „Für Schwarz-Weiß-Rot traten wir ein und wir werden diesen Farben treu bleiben bis zum Tode.“

Der Leiter des Reichslandbundes, der deutschvolksparteiliche Reichstagsabgeordnete Sepp, hielt das Hauptreferat. Einleitend brachte er die üblichen Klagen über die „schwere Not der Landwirtschaft“ vor, forderte Herabsetzung der Steuern, Schutzgölle für Getreide, Vieh, Obst sowie Weine, oder wie die bekannten „besehenden“ Forderungen unserer Großagrarier alle lauten. Um diese Wünsche der Agrarier erfüllt zu sehen, erfordern sie die Revision der in der Verfassung festgelegten Rechte des arbeitenden Volkes. Sepp erklärte:

„Unter dieser Verfassung kann Deutschland mit seiner Wirtschaft nicht gedeihen, weil man nicht in der Lage ist, eine verständnisvolle Wirtschaftspolitik zu betreiben, solange nur ein Parlament darüber zu entscheiden hat, ein Parlament, das sich aus politischen Parteien zusammensetzt, in denen die Meinung der Straße, die reine Zahl, zum Ausdruck kommt. . . . Der Hauptfehler ist, daß keine zweite Kammer vorhanden ist, eine Kammer, die sich nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammensetzt. . . . Kein anderes Volk hat diese tiefe Dummheit gemacht, nur eine politische Kammer zu schaffen.“

Die deutschnationalen Agrarier sind also sehr offenherzig gewesen. Sie glauben, ihre innersten Herzenstagen nicht mehr verbergen zu müssen. Ihr Ziel ist, den alten preußisch-deutschen Untertanenstaat mit Dreiklassenwahlrecht, Herrenhäusern und zweiten Kammern wieder aufzurichten, um in diesem Staatsgebilde um so schamloser und ungehinderter das gequälte deutsche Volk durch Brot- und Fleischwucher noch mehr auszunütern.

Man hat übrigens auch an die schwarz-weiß-rote Landesregierung eine Reihe Forderungen gestellt, u. a. auch Aufhebung der Gewerbesteuer für die Landwirte, nach Beseitigung der Zuckersteuer und Herabsetzung der Grundsteuer. Der Braunschweiger Finanzminister wird über die Forderungen seiner schwarz-weiß-rotten Brüder sehr wenig erfreut sein, und es dürfte im Braunschweiger Reichsblock, der im Landtage eine ganze Stimme Redezeit hat, recht lustig ausgehen, wenn die deutschnationalen Abgeordneten, gehoramt den agrarischen Wünschen, mit solchen Anträgen hervortreten sollten.

Die Braunschweiger Agrarlagung verdient jedenfalls das Interesse der ganzen Arbeiterschaft, weil hier mit kräftiger Offenheit die ergreuerischen Ziele jener Kreise enthüllt worden sind. Wenn die deutsche Arbeiterschaft daraus die Lehre zieht, sich umso fester und massenhafter in der Sozialdemokratie zusammenzuschließen, werden die geschworenen Feinde des Volkes sowohl den Kampf auf die Tischen der Arbeiterklasse als auch auf ihre politischen Rechte vergeblich unternehmen.

### Letzte Nachrichten

#### Dr. Marx Mitglied des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“

Wie die Blätter aus Magdeburg melden, hat Reichstagskämpfer a. D. Dr. Marx, der Vorsitzende der Zentrumspartei, seinem Beitritt zum Reichsbanner des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ erklärt, weil es im Interesse des Vaterlandes wertvoll erscheine, wenn eine möglichst große Zahl entschlossener Männer offen und frei für die Wahrung und den Schutz der Verfassung und der Republik eintreten.

(Wir möchten wünschen, daß dieser Schritt des Vorsitzenden der Zentrumspartei seinen Einfluß auf diejenigen Kreise der Zentrumspartei, die dem Reichsbanner gegenüber bis jetzt eine gewisse Zurückhaltung übten, ausüben möchte. Die Red.)

#### Freispruch im Prozess Hermann

Weimar, 16. Mai. In dem neuen Verurteilungsverfahren, gegen den früheren Thüringischen Innenminister Hermann wegen heute vormittag die Reichswehr. Oberstaatsanwalt Dr. Frieders machte in seinen Vorlesungen lebhaftest Anstrengungen, die Anklage zu retten. Beide Verteidiger beantragten vollständige Freisprechung. Nach einem Schlusswort des Angeklagten zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Das nach verhältnismäßig kurzer Zeit verlesene Urteil erlaubte auf Abweisung der Verurteilung der Anklagebehörde gegen den Freispruch der ersten Instanz in der Abweisung der Anklage und auf Abänderung des erstinstanzlichen Urteils, das auf 1000 M. Geldstrafe wegen Untreue lautete, in einen teilweisen Freispruch und Übernahme der Kosten auf die Staatskasse.

In der Begründung führte Landesrichterdirektor Dr. Schaller, der in seiner strengen Objektivität vorbildliche Leiter des Hermann-Prozesses, u. a. aus: Ein Vorfall zu einer strafbaren Untreue könne nicht vorgelegt haben, da der Minister die betreffenden Aktenstücke in seinem Amtszimmer aufbewahrt habe und mindestens zwei Beamte darum gewußt hätten. Man könne unter solchen Umständen nicht annehmen, daß Hermann Schriftstücke habe beiseite stellen wollen. Daß sie später berechnlich mit in die Wohnung gekommen seien, sei durchaus nicht zu widerlegen. Bezüglich der Gehaltsabgaben an die ausgetauschten Beamten bestehe wohl die Möglichkeit, daß dem Staat dabei ein wenn auch nicht bedeutender Schaden zugefügt worden sei. Es sei aber nicht anzunehmen, daß Hermann das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt hat.

Dieser Ausgang des vierten Hermann-Prozesses bedeutet für den Angeklagten eine glänzende Freisprechung aller gegen ihn anhängig gemachten Strafverfahren, die jeinerzeit von der Presse der Rechten, insbesondere dem „Starksrüher Tagblatt“, mit so viel Getöse begrüßt worden sind.

#### Der Abschluss der Eröffnung der Zabrtausfender

Köln, 16. Mai. Den Abschluss der anlässlich der Eröffnung der Zabrtausfender der Rheinlande stattgefundenen Feierlichkeiten bildete ein von der Stadt gezeichnetes Festessen, in dessen Verlauf Oberbürgermeister Wenauer u. a. aussprachen: Niemand mehr als wir sind davon durchdrungen, daß die Völker Europas in Zukunft liebend zueinander halten müssen. Niemand kennt stärker als wir den Tag herbei, an dem der Frieden Europas nicht mehr begründet ist auf eine möglichst große Zahl von Flugzeugen, Ubooten, Gaswaffen usw., sondern auf das Fundament der Verständigung. Gerade dieser unser Wille zum Frieden berechtigt uns, vor aller Welt zu sagen, daß wir auch so frei sein wollen in Zukunft, wie irgend ein Volk in Europa, und daß wir keine Beeinträchtigungen und Fesseln der Freiheit auf die Dauer ertragen können. Jede derartige Fessel dient in Wahrheit nicht dem Frieden, weil sie die friedliche Stimmung untergräbt. Wir sind Franzosen, d. h. freie Männer, wir wollen wieder frei werden und wir wollen frei bleiben. Nach dem Oberbürgermeister ertraif der preussische Ministerpräsident Braun das Wort. Dann sprach der bayerische Ministerpräsident Held und überbrachte die Grüße und Wünsche Bayerns. Er betonte die guten Beziehungen, die seit Jahren zwischen Bayern und dem Rheinlande bestanden hätten.

#### Verunglückte Hochzeitsgesellschaft

Moskau, 17. Mai. Die Russische Telegraphen-Agentur teilt mit: In der Ortschaft N g d e b im Kaukasus stürzte während einer georgischen Hochzeit das Haus ein, in dem sich 400 Personen befanden. Ungefähr 100 Personen fanden den Tod. Unter den Toten befinden sich noch viele Schwerverletzte. Bis jetzt sind 5 Leichen geborgen.

#### Bürgermeisterwahlen in Frankreich

Paris, 17. Mai. Heute fanden in den meisten Gemeinden Frankreichs Bürgermeisterwahlen statt. Eine große Anzahl Radikaler und Sozialisten wurde gewählt, so in Lyon Perrier mit 57 von 57 abgegebenen Stimmen, ferner in Verdun, Rimes, Grenoble, Angers, Nivion, Orleans, Tours, Orient, Amiens und Marcielles.

Strasbourg, 16. Mai. Reiteres wiedergegeben. Der sozialistische Abgeordnete Reiteres wurde mit 34 von 36 Stimmen zum Bürgermeister Strasburgs wiedergewählt.

**Pianos - Harmoniums** erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen **Karl Lang** Kaiserstrasse 107A Telefon 1073 Salamander - Schuhhaus







# 3 BILLIGE SCHUHTAGE

Außergewöhnliche Kaufgelegenheit Montag bis Mittwoch

Damen-Schuhe		Kinder-Schuhe				Herren-Schuhe		
Halbschuhe Derby, runde Form, Paar 5.75	<b>4.90</b>	Schnürstiefel schwarz und braun	1.95	2.45	2.95	3.45	Schnürstiefel hübsche Formen 9.50 7.50	<b>5.75</b>
Schnür- u. Spangenschuhe grau Leder Paar	<b>4.50</b>	Spangenschuhe schwarz und braun	2.50	2.90	3.50	3.90	Halbschuhe schwarz und braun, moderne Formen	<b>9.50</b>
Schnür- u. Spangenschuhe versch. Ausführ. Paar 7.90	<b>6.90</b>	Lackleder Schnür- u. Spangen	3.40	3.90	4.40	4.90	Halbschuhe schwarz u. braun, weiche m. Binn-, feinste Rahmentarb.	<b>18.50</b>
Schnür- u. Spangenschuhe schwarz u. braun oder Lackleder moderne Ausführungen 12.50	<b>9.50</b>	<b>Schnür-Stiefel für Knaben u. Mädchen</b> schwarz u. braun, auch mit Zwischensohlen Größe 31-35 Pr. 7.50, Größe 27-30 Pr. <b>6.50</b>				Tourenstiefel braun Doppelsohlen, Rahmentarb. <b>15.50</b>		

Im Lichthof auf Tischen ausgelegt Große Posten **SCHUHE** für Damen, Herren und Kinder, in schwarz, braun und Lackleder zu selten billigen Preisen.

## KNOPF

**SANDALEN** braun Rindleder, gestiftet  
2.45 2.95 3.45 3.95

**Stechte**  
Bela gelundete Stechete  
solte sie auf dem Bräut-  
Durch Zucker's Patent-  
Medizin-Steche wurde  
die Stechete in 8 Stunden  
befestigt. Die Steche  
Bausenbe kurz u. m. Dava  
Zuckers-Creme, nichtleitet  
und fettlos. In allen  
Apotheken, Drogerien und  
Parfümerien erhältlich.

**Gasherde**  
emailiert,  
mit Backofen  
bestes Fabrikat  
zum Ausnahme-  
preis von  
**Mk. 117.-**  
Günstige  
Teilzahlung  
**Ph. Nagel**  
Haus- und  
Küchengeräte  
Kaiserstr. 55  
3190

**Bad. Blindenverein 1900-1925**



**Jubiläums-Ausstellung**

in den Räumen d. Landesgewerbe-  
halle in Karlsruhe, Karl-Fried-  
richstrasse 17, in der Zeit vom  
18. bis 24. Mai 1925.

Geöffnet: Werktags von 10-12 u.  
2-5 Uhr, am 16. Mai nur nachm.  
am Dienstag, den 19. und Freitag, den 22. Mai ausser am Vor-  
mittag, nachm. v. 1/2-7 Uhr, an Sonn- u. Feiertagen v. 11-1 Uhr

**Ausstellung v. Blindenarbeiten, Siffs- u. Lehrmitteln**

**Darstellung einzelner Blindenhandwerksbetriebe**

Eintritt für Erwachsene 30 Pfg., für Kinder bis zu 14 Jahren  
10 Pfg. Schulen unter Führung ihrer Lehrer haben nach  
Benommen mit der Ausstellungsleitung freien Zutritt.

**Colosseum**  
Heute Montag abend 8 1/2 Uhr:  
**Großer Herausforderungskampf  
im freien amerikanischen Stil**  
(Catch as catch can)  
Billiau gegen Tornow.  
Bei dieser Kampfsart sind sämtliche  
Griffe erlaubt. — Ferner ringen:  
Stielke gegen Lassartesse  
Langguth gegen Winter. 3191

**Café Restaurant „Forsthaus“**  
Berghausen bei Durlach.

**Eröffnung**  
seit Samstag, den 16. Mai 1925  
Erstklassiges Familien-Café mit nur  
prima Speisen und Getränken.  
Wir bitten um freundlichen Besuch  
**August Merkle und Frau**, Telef. Amt Durlach 231

Zum Abschluß von  
**Versicherungen aller Art**  
empfeht sich die Generalagentur des  
**„Allianz-Konzerns“**  
für Mittelbaden  
**Czapek & Marggrander**  
Karlsruhe 3198  
Waldstraße 63, Ecke Blumenstr.  
— Telefon 6248. —

Beratungen in Versicherungs- An-  
gelegenheiten sowie Berechnungen  
kostenlos. — Mitarbeiter gesucht.



**Nach Nord-Amerika**  
und **Canada**, Hamburg-  
New York ca. wöchentlich.  
Abfahrten. Gemeinsamer  
Dienst mit **United  
American Lines**

**Nach Süd-Amerika**  
(Brasilien, Argentinien,  
Westküste), Cuba-Mexi-  
co, Westindien, Afrika,  
Ostasien usw. in Verbin-  
dung mit anderen Linien

Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung.  
Ausgabe und Druckkosten über Fahrpreise und Beförderungsmöglichkeit durch  
**HAMBURG-AMERIKA LINIE**  
HAMBURG, Alsterdamm 25 und deren Vertreter an allen größeren Plätzen. In:  
Rusland, Otto Pflaum, Poststrasse 10.  
**KARLSRUHE: E. P. Hieke**,  
Kaiserstraße 215, bei d. Hauptpost.  
Generalagentur für den Freistaat Baden  
Reisebüro H. Hansen, E.-Baden, am Leopoldplatz.  
Frachtauskünfte erteilt das Schiffsfrachtkontor  
der Hamburg-Amerika-Linie G. m. b. H., Stuttgart, Kontor-  
haus Merkur, Königstraße 12 I, Fernsprecher S. A. 22029.

**Konkurs-Ausverkauf**  
Das gesamte Warenlager in  
**Teppichen, Läufertoffen,**  
Gardinen und Halbstores in nur feiner Handarbeit  
aus der Konkursmasse Otto Huber, Kaiserstraße 235 (II. Etage),  
wird zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft. 500  
Karlsruhe, den 9. Mai 1925. Der Konkursverwalter.

8-10 tüchtige  
**Maurer**  
für dauernde Arbeit gesucht. 3091  
**Baugeschäft Josef Held**  
Südenstraße 24.

**Pfannkuch**  
Eingetroffen:  
Ein weiterer  
Waggon  
neue Ägypter  
**Zwiebeln**  
Kb. 18 Pfg.  
5 Pfund 85 Pfg.  
Sens-  
ner 14 Pfg.  
**Pfannkuch**

**Badische Lichtspiele**  
**Konzerthaus**  
Erstaufführung  
**Auf afrikanischen  
Jagdpfaden.**

Montag, den 18. und Mittwoch, den 20. Mai, jeweils  
abends 8 Uhr, Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags.  
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße.  
Preise: Mk. 1.70, 1.50, 1.—, 0.60. Studierende und Schüler  
gegen Ausweis halbe Preise. 3197

**RESI-Lichtspiele** Wald-  
straße  
Bis einschließlich Donnerstag  
**„Das große weiße Schweigen“**  
**„Captain Scott's Todesfahrt  
zum Südpol“**

7 Akte, aufgenommen und erzählt von Herbert G. Ponting  
Mitglied der Scott'schen Südpol-Expedition.

Außerdem: Ansantritt des Generalfeldmarschall  
**von Hindenburg als Reichspräsident**  
Jugendliche haben Zutritt.

**Drucksachen** aller Art liefert schnell und billig  
Buchdruckerei „Volksheld“

**Pfannkuch**  
Sonder-  
Angebot:  
**Reisstroh-  
Besen**  
100  
so lange Vorrat  
**Pfannkuch**